

Lula hat die Welt überrascht. Ein halbes Jahr nach seinem Regierungsantritt hat sich Brasilien nach außen wirtschaftlich und politisch stabilisiert. Nun gilt es, auch die dringend notwendigen Reformen im Land anzupacken. Lulas neu erworbene Glaubwürdigkeit steht auf dem Prüfstand.

Innere Blutungen

TEXT: MARCUS PFEIL

Viel Lob erntete Lula an dem Tag, an dem er 100 Tage im Amt des Regierungspräsidenten arbeitet. Seine Gnadenfrist ist abgelaufen und in und um Brasilien herrscht wieder Optimismus: Der Kurs des Real kletterte seit Jahresbeginn um mehr als 20 Prozent. Die Zinsaufschläge für brasilianische Staatsanleihen sanken gegenüber US-Papieren von 24 Prozentpunkten kurz vor der Wahl auf unter acht Prozentpunkte. Das ist ein Zeichen, dass Gläubiger die Gefahr eines Zahlungsausfalls mittlerweile deutlich niedriger einschätzen. Deshalb konnte Brasiliens Notenbank in den vergangenen Tagen problemlos neue Anleihen unterbringen. Und der Bovespa, der Leitindex der Börse in São Paulo, stand mit 12 677 Zählern so gut wie seit einem Jahr nicht mehr. Keiner an den Finanzmärkten erinnert sich mehr an die Angst vor einem Schuldenmoratorium oder vor Kapitalverkehrskontrollen, die vor der Wahl Währung und Kurse drückte.

Lula selbst wertet das neu erworbene Vertrauen der Finanzmärkte als großen Sieg: „Wir haben eine ökonomische Katastrophe verhindert.“ Doch Sparzwang und Hochzinspolitik bremsen die Konjunktur. Die Regierung musste ihre Wachstumsprognose für dieses Jahr bereits von 2,8 auf 2,2 Prozent senken, viele Ökonomen gehen von einem noch niedrigeren Wirtschaftswachstum aus. „Auch die Arbeitslosigkeit dürfte weiter zulegen“, sagt Professor Anselmo Luiz Dos Santos, Experte für Arbeit und Gewerkschaftsthemen an der Universität Campinas.

Mehr Arbeitslose, wenige Steuern zudem das vom IWF auferlegte Korsett der Haushaltsdisziplin – Brasilien befindet sich in einem ähnlichen Dilemma wie Deutschland. Es fehlt das Geld für dringend notwendige Sozialreformen. Und auf der Agenda ganz oben steht die Reform des staatlichen Rentensystems. Der marode Staatsapparat reißt heute schon ein Loch in Höhe von 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die

Staatskassen. Die Probleme liegen vor allem in der Altersversorgung der staatlichen Angestellten, die überaus großzügig bedacht werden. Die Beamtenversorgung ist für drei Viertel des Defizits verantwortlich, obwohl sie nur für 2,3 Millionen Rentner aufkommt. Weit weniger als das Rentensystem für An-



gestellte mit 21,1 Millionen Rentnern. Die pensionierten Staatsdiener gehen früh in den Ruhestand und erhalten in der Regel rund 100 Prozent ihres letzten Gehaltes, im Durchschnitt sind das 1272 Real. Die Klientelwirtschaft hat einigen Staatsdienern zudem ungehörige Privilegien verschafft. So erhalten Ex-Kongressabgeordnete im Durchschnitt 7900 Real, und ehemalige Staatsdiener der Judikative kommen sogar auf 8027 Real. Die privaten Angestellten müssen sich mit durchschnittlich 389 Real begnügen.

Es ist vor allem das zunehmend ungünstige Verhältnis von Beitragszahlern zu Beitragsempfängern, das für rote Zahlen sorgt. Im Jahr 1950 kamen auf einen Rentner knapp acht Beitragszahler, heute liegt das Verhältnis bei 1 zu 1,2. Es gibt auf Bundesebene mehr

pensionierte Beamte als arbeitende. Das Rentensystem für die privaten Angestellten hat vor allem unter der 2001 in Kraft getretenen Regelung gelitten, dass auch die Angestellten aus der Landwirtschaft in das System aufgenommen werden müssen. Die Zahl der privaten Rentempfänger stieg damit um rund ein Drittel. Was unter sozialen Aspekten dringend nötig war, ist wirtschaftlich nicht tragbar. Auch der wachsende informelle Sektor schadet dem Rentensystem. Vermehrt arbeiten Brasilianer „schwarz“.

Eine umfassende Rentenreform scheiterte schon mehrfach in den letzten Jahren, hat doch gerade die Partido dos Trabalhadores PT selbst derlei Reformanstrengungen der Vorgängerregierung konsequent torpediert. „Das Problem ist der linke Flügel, die haben die letzten zehn Jahre damit zugebracht, jegliche Sozialversicherungsreform zu verhindern“, sagt José Luciano Dias, Analyst des privaten Forschungsinstituts Góes Consultores Associados in Brasília. „Wenn jetzt die gleichen PT-Leute die Hand heben, um für die Reform zu stimmen, wäre das eine Revolution. Das geht bisher über meine Vorstellungskraft.“

„Man muss die Reform nur gut präsentieren und in allen Einzelheiten diskutieren, dann wird sie auch verabschiedet“, sagt Senator Eduardo Suplicy. „Die PT hat früher nur gegen einzelne Punkte der Reform gekämpft. Der Unterschied ist, dass frühere Entwürfe nicht in Übereinstimmung mit allen Betroffenen ausgearbeitet wurden.“ Dieses Mal wurde der Gesetzesentwurf von einer Kommission ausgearbeitet, an der alle betroffenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmergruppen beteiligt sind. Bis Ende des Jahres soll das Vorhaben dann in beiden Kammern verabschiedet sein. Lula hat bereits angekündigt, dass er notfalls auch die Parlamentsferien verschieben werde. Konkrete Pläne, wie sich der Staat von der Last des maroden Pensionssystems befreien will, gibt es

indes nicht. Radikale Vorschläge, wie der Übergang vom jetzigen Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren, stehen wegen ihrer mangelnden politischen Durchsetzbarkeit allerdings nicht zur Diskussion.

Auf Diskussion und Konsensbildung baut die Regierung Lula auch im Konflikt mit den derzeit etwa 72.000 landlosen Familien, die auf Zuteilung von Grund und Boden warten. Während des Karnevals kam es erstmals seit Lulas Amtsantritt wieder zu Landbesetzungen. Die Landlosenbewegung droht mit weiteren Protesten, wenn die Regierung die seit 1988 in der Verfassung verankerte Landreform nicht beschleunigt. Eine Kommission, an der Regierungsvertreter sowie die verschiedenen Initiativen von Betroffenen teilnehmen, wird „bis Juni oder Juli einen langfristig angelegten Plan für die Landreform ausarbeiten“, hofft Geraldo Fontes, nationaler Koordinator der Landlosen-Bewegung Movimento sin Terra.

Auch die Erwartungen auf einen schnellen Erfolg in der Bildungspolitik haben einen Dämpfer erhalten: Die rund 20 Millionen Analphabeten sollten bis 2006 Lesen und Schreiben lernen, hieß es bisher. Fünf Millionen wären schon ein „außerordentlicher Sieg“, sagt Lula heute. Einzig das Programm „Fome Zero“ taugt als sozialpolitisches Aushängeschild für Lulas Reformfähigkeit. Für den Kampf gegen den Hunger hat er eigens ein Ministerium für Ernährungssicherung mit etwa 130 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von 1,8 Milliarden Real geschaffen. Bisher startete das Ministerium zwei Pilotprojekte in Gemeinden mit etwa 5000 Einwohnern im ärmsten brasilianischen Bundesstaat Piauí. Dort bekommen Familien, die weniger als die Hälfte des Mindestlohnes verdienen, Lebensmittelkarten im Wert von je 50 Real zugeteilt.

Für die Regierung Lula steht viel auf dem Spiel. Schnell könnte das Verdienst der Regierung in der Haushalts- und Geldpolitik verblassen, wenn sie den Haushalt nicht langfristig auf eine solide Basis stellt. Wirtschaftlich ist die Reform des Rentensystems ein Muss. Sonst lassen sich die vom Internationalen Währungsfonds IWF geforderten Primärüberschüsse von bis zu fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes nur schwer erwirtschaften, wenn allein das Rentensystem schon ein Rekorddefizit von 71 Milliarden Real in die Staatskassen reißt.

Und die Erfüllung der IWF-Auflagen sind Voraussetzung für die Gewährung weiterer Kredittranchen. So besuchte

eine Delegation des IWF vergangenen Monat Brasilien, um über die Auszahlung einer weiteren Rate des 30 Milliarden-Dollar-Hilfspaketes aus dem letzten Jahr zu entscheiden. Die jetzt zu bewilligende Kreditrate über zehn Milliarden Dollar benötigt Lula, weil die Zinsverpflichtungen mit knapp 45 Milliarden Real fast doppelt so hoch sind wie der Überschuss im Primärhaushalt (ohne Schuldendienst) in Höhe von 22,8 Milliarden Real.

Entscheidend für Lulas Durchsetzungskraft gegen die verschiedenen Gruppen in der eigenen Partei wird sein, ob er seine Popularität in der Bevölkerung halten kann. Bisher sieht es danach aus: Ende März ergab eine Umfrage, dass 76 Prozent der Brasilianer Lula weiterhin eine gute Regierungsarbeit zutrauen. Lula setzt seine Beliebtheit und seine Glaubwürdigkeit denn auch mit

aller Kraft als politisches Kapital ein, um das Vorhaben voranzutreiben. Die Reform, so vermittelt er es den Brasilianern, sei zwar auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit, in erster Linie gehe es aber darum, Gerechtigkeit zu fördern. Derart verpackt, kommt die Botschaft im Volk an. Mit diesem Ton versucht die Regierung auch, den linken Flügel in der Partei auf Kurs zu bringen: Dem Maßnahmenkatalog soll der Geschmack des Neoliberalismus genommen und eine Note sozialer Gerechtigkeit verpasst werden.

Antonio Rocha Magalhaes, Senior Advisor der Weltbank in Brasilien, ist optimistisch: „Die Regierung hat die üblichen Umsetzungsschwierigkeiten, die bei einer solch komplexen Aufgabe normal sind. Doch sie habe gute Chancen, die aktuelle wirtschaftliche Schwäche zu überwinden.“ ■



ANZEIGE

Seit über **40** Jahren
engagieren wir uns für
Menschen in Lateinamerika.

Helfen Sie mit!



Lateinamerika-Zentrum e.V.

Kaiserstraße 201

53113 Bonn

Telefon 0228-21 07 88

www.lateinamerikazentrum.de

Spendenkonto:

Deutsche Bank Bonn

BLZ 380 700 59

Konto-Nr. 0388025